

12. Mai 2005

Johannes Callsen, MdL und Bernd Schröder, MdL

**Beschlussvorlage für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 13. Mai 2005
TOP 3 Post-Universaldienstleistungsverordnung**

Der Wirtschaftsausschuss begrüßt die Selbstverpflichtung der Deutschen Post, mit der sie über die in der Post-Universaldienstleistungsverordnung festgelegten Mindestanforderungen hinaus Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie für Betriebe gewährleistet. Die Kooperationsbereitschaft der Deutschen Post AG bei den derzeit stattfindenden Änderungen im Filialnetz hat gezeigt, dass die Selbstverpflichtung ernst genommen und in Zweifelsfällen auch im Interesse der Kundinnen und Kunden der Deutschen Post AG ausgelegt wird.

Dennoch sieht der Wirtschaftsausschuss mit großer Sorge die Schließung von Postfilialen und -agenturen in Schleswig-Holstein und den damit verbundenen Rückgang des Angebotes an Postdienstleistungen gerade im ländlichen Raum. Er fordert die deutsche Post AG auf, die Schließungsentscheidungen im jeweiligen Einzelfall noch einmal unter regionalen Auswirkungen zu überprüfen.

Schleswig-Holstein hat als Flächenland ein besonderes Interesse daran, dass die besondere Ämterstruktur bei der Bereitstellung von Postdienstleistungen Berücksichtigung findet. Dazu gehört, dass es den Bürgerinnen und Bürgern kleinerer Gemeinden ermöglicht wird, Brief- und Paketdienstleistungen ortsnahe nachzufragen. In Ämtern sollte je 4000 Einwohnern mindestens eine stationäre Einrichtung der Post vorhanden sein.

Dies erhöht die Attraktivität Schleswig-Holsteins unter Gesichtspunkten der Wohnqualität, der Standortsicherung und der touristischen Infrastruktur.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Deutscher Post AG mit rechtzeitiger Information über geplante Änderungen beim Filial- und Agenturnetz soll weiterhin hohe Priorität haben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird gemeinsam mit Bundes- und Landesregierung darauf achten, dass in Zukunft Sinn und Inhalt der Post-Universaldienstleistungsverordnung eingehalten werden. Der Landtag erwartet, dass die Deutsche Post AG bei der Umsetzung ihrer Selbstverpflichtung ein Höchstmaß an Flexibilität aufbringt.